



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♣: Politische Briefe. XIII. : Die nationalliberale Partei und der Abgeordnete Lasker.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

heraus, bei der ein ähnlicher Plan vorschwebte, wie bei dem vorliegenden Werke. Die Ausführung aber war eine höchst mäßige. Wirklich bedeutende Blätter waren nur wenige darunter, zur Ergänzung waren eine Anzahl recht gleichgiltiger Landschaftsbilder ad hoc angefertigt worden, als Stiche waren die Blätter nur von geringem Werth, und endlich mußte man den vollständigen Bibeltext in einem Folioformat, wie es allenfalls für den Altar, aber nicht für das Haus geeignet ist, mit in Kauf nehmen. Die „Goldene Bibel“ dagegen wird auf 100 Tafeln — 50 für das alte und 50 für das neue Testament — die berühmtesten Darstellungen biblischer Szenen, welche die großen Meister aller Kunstepochen geschaffen haben, vereinigen. Was den Text betrifft, so wird sie sich darauf beschränken, zu jeder Tafel auf einem besondern, typographisch geschmackvoll ausgeführten Textblatte die zugehörige Bibelstelle — in der katholischen Ausgabe nach Alfoli, in der evangelischen nach Luther — beizugeben. Für den Lichtdruck werden, wie bei den früheren Sammlungen, nur die vollendetsten Kupferstiche, in denen die betreffenden Gemälde jemals reproduziert worden sind, benutzt werden. Die Auswahl ist auch hier in Wurzbach's kundige Hand gelegt worden. Die Herstellung beider Werke durch den Lichtdruck ist selbstverständlich wieder Rommel übertragen.

Wir verzichten darauf, hier eine lange Reihe Namen von Malern und Kupferstechern und Unterschriften von Bildern aufzuzählen und in hochtönenden Worten die Freude und den Genuß zu schildern, den wir bei dem Studium der ersten Lieferungen dieser beiden neuen Prachtwerke des Neff'schen Verlags gehabt haben, vor allem das Entzücken über die Fülle von Geist und Laune, Noblesse und Grazie, die, gepaart mit einer stupenden Technik, in den französischen Kupferstichen uns entgegentritt. Wer von unseren Lesern je ein Heft von den „Klassikern der Malerei“ oder der „Kunst für Alle“ in der Hand gehabt, für den bedürfen die beiden neuen Unternehmungen der thätigen und kunstsinigen Stuttgarter Verlagsbandlung keine Silbe der Empfehlung weiter. Allen anderen aber mögen diese wie die früheren Neff'schen Lichtdruckwerke auf's wärmste empfohlen sein. Es ist ein künstlerisches Anschauungsmaterial darin vereinigt, welches das Schönste und Beste umfaßt, was die zeichnenden Künste aller Zeiten hervorgebracht haben, und dies in einer Wiedergabe, welche dem Kunstfreund, der nicht um der Rarität willen, sondern aus reinem künstlerischen Interesse die Werke der alten Meister sich erwerben will, für die seltenen und meist unerschwinglich theueren Originale vollständigen Ersatz leistet. Im „Salon“ eines gebildeten und wohlhabenden Hauses könnten wir uns auf dem Tische kein gediegeneres und kostbareres Bilderwerk denken, keines, das bleibenderen Werth hätte, als die eine oder andre der Rommel'schen Lichtdruck=Serien.

\* \* \*

## Politische Briefe.

### XIII.

Die nationalliberale Partei und der Abgeordnete Lasker.

Als nach den Siegen von 1866 die nationalliberale Partei sich gebildet hatte, wesentlich aus ausscheidenden Mitgliedern der Fortschrittspartei, wie diese zur Konfliktzeit war, da wurde dem Abgeordneten Lasker ein überwiegender Antheil an der neuen Parteibildung zugeschrieben. Derselbe bezahlte diesen Grenzboten II. 1879.

Schritt mit dem Verlust seiner Berliner Wählerchaft. Auf den Reichstagen des Norddeutschen Bundes, die nunmehr in's Leben traten, gewann der Abgeordnete Lasfer bald eine hervorragende parlamentarische Rolle; er nahm sie wesentlich im Sinne eines gestaltenden Wirkens seiner Partei auf den von dem nunmehrigen Bundeskanzler geschaffenen Grundlagen auf. Damals brachte der Kladderadatsch ein Bild mit der Unterschrift: „Er muß eine Stütze haben.“ Dasselbe zeigte den Bundeskanzler hoch aufgerichtet, die Arme mit starker Verlängerung über das natürliche Maß an der großen Gestalt herunterhängend, aber doch nicht lang genug, das Haupt des darunterstehenden Lasfer zu erreichen, auf welches die Rechte sich zu stützen suchte. So bemächtigte sich der Humor der damaligen „Stütze“ des Kanzlers. Sonderbar: der Mann, der als Stütze viel zu klein erschien, scheint nicht zu klein zum unbequemen Gegner. Der Wirkung dieser Gegnerschaft hat der Kanzler wiederholt sein eigenes Zeugniß ausgestellt. Das Sonderbare dieser Thatsache kann man sich nicht durch den Rinderspruch erklären: „Wer dir als Freund nicht nützen kann, der kann als Feind dir schaden.“

Ist Lasfer des Kanzlers Feind? Er war es nicht; ist er es geworden? Mit Willen gewiß nicht, und wenn er es wirklich ist, so ist er es wahrscheinlich mit Bedauern. Aber die unbefangene Beobachtung der Vorgänge seit 1869 zeigt, daß der Abgeordnete Lasfer dem Kanzler die zahlreichsten Hemmungen bereitet hat, und Hemmungen sind schlimmer, nicht nur für die Empfindung, sondern vor allem der Wirkung nach, wenn sie von befreundeter Seite kommen. Als Freund des Kanzlers aber der Form und gewiß auch der Gesinnung nach hat unser Abgeordneter dem Kanzler Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten geschaffen. Wir glauben genau die Wahrheit zu treffen, wenn wir aussagen: der wesentliche Urheber der bedauerlichen und befremdlichen Erscheinung, daß die nationalliberale Partei niemals das richtige Verhältniß zum Reichskanzler gefunden hat, ist der Abgeordnete Lasfer. Und doch hat der Reichskanzler den edlen Willen des Abgeordneten für die Sache des nationalen Staates wiederholt anerkannt, freilich nicht ohne Ironie, aber nicht so, daß die Ironie gegen die Gesinnung, sondern so, daß sie gegen die Weise der Bethätigung gerichtet war. „Er dient Euch auf besondere Weise“, würde Mephistopheles sagen.

Wie ist es möglich, daß bei einer so edlen Gesinnung, bei einer geistigen Begabung, deren bedeutende Eigenschaften Niemand bestreiten wird, bei einem dem Werke des Kanzlers im wesentlichen zugewandten Streben, ein so widersprechendes Resultat herauskommt? Auf diese Frage ist wohl gerade jetzt der Augenblick, etwas einzugehen.

Nach den Ueberraschungen, welche das Jahr 1866 der ganzen Welt bereitet, konnte die nationalliberale Partei nicht wohl mehr im Zweifel sein — und die Wegwerfung dieses Zweifels war in der That der Grund, weshalb die Partei sich bildete —, daß der Minister, welcher diese ungläublichen Erfolge mit beispiellosem Wagen und einer kaum dem Nachverständniß erreichbaren Umsicht geschaffen, nicht der Fortsetzer der Politik werden konnte, die einst nach Ulmüß geführt hatte, sondern daß er, der der Schöpfer der allerdings noch nicht vollendeten deutschen Einheit geworden, diesem mit so heroischer Kraft begonnenen Werke nicht untreu werden konnte. Wenn sie sich zu dieser Einsicht erhob, zu der nichts weiter gehörte als die sittliche Freiheit, sich von dem Aerger der Vergangenheit gegen die gewaltige Sprache der Thatsachen nicht verblenden zu lassen, dann mußte sie sich sagen, daß dieses Werk weder fortgeführt noch erhalten werden könne ohne den lebendigsten Bund mit dem Geiste der Nation. Man sagte sich dies und erklärte deshalb den Kanzler, wie für den Führer

des nationalen Werkes, so für das Haupt der nationalen Partei. Aber hat man wirklich diese Stellung eingenommen, ist der Kanzler wirklich behandelt worden, wozu man ihn mehr als einmal ausgerufen, als das Haupt der Partei?

Eine seltsame Verkennung des Verhältnisses zwischen Führer und Parteifolge macht sich in Deutschland geltend. Man faßt das Verhältniß demokratisch, die Partei als das souveräne Volk, den Führer als den Vollstrecker der Plebiszite, aber dies läuft gegen die Natur der Dinge. Es heißt zwar: wer herrschen will, muß dienen; aber das Dienen bezieht sich auf den Zweck, auf die Sache; wer diese am klarsten erkennt und ihr zu dienen am geschicktesten ist, der herrscht über Alle, welche denselben Zweck wollen. Aber zu dieser Erkenntniß erhebt sich das deutsche Parteibewußtsein nicht. Theils demokratische Irrthümer, theils der bekannte Eigensinn der deutschen Individualität stehen im Wege. Nachdem man sich zu der Erkenntniß bequemt hatte, daß Bismarck nicht der einseitige Junker war, wofür man ihn genommen, hielt man es für naturgemäß, daß er das Programm des deutschen Liberalismus, des gemäßigten Liberalismus, wollen wir hinzusetzen, Punkt für Punkt ausführen müsse. Ueber die Reinheit des Programms, über die Ausgestaltung desselben — dies hielt man für nicht minder selbstverständlich — müsse die Partei entscheiden. Nach und nach lernte man diesen seltsamen Anspruch freilich etwas einschränken, aber niemals hat man ihm entsagt. Festgehalten hat man stets in ganzer Strenge den Anspruch, daß der Staatsmann, wenn er mehr als ein äußerliches, jederzeit lösbares Bündniß mit der Partei wolle, über jede wichtige Maßregel im voraus sich mit derselben verständigen müsse. Unter der Partei wurde dabei jederzeit auf gut demokratisch die Gesamtheit der Mitglieder verstanden. Es hätte auch, streng genommen, keinen rechten Sinn gehabt, die geforderte Verständigung auf wenige Vertrauensmänner zu beschränken. Wenn man sich überhaupt zu der Erkenntniß erheben konnte, daß nicht hunderte von Personen in das Geheimniß politischer Aktionspläne zu ziehen sind, so wäre das Richtigste gewesen, den Vertrauensmann, in dessen Führung man sich resigniren durfte, in dem Fürsten anzunehmen.

Was hätte man dabei gewagt? Ein Chor von Stimmen wird die Antwort rufen: „in den Abgrund der Reaktion geführt zu werden“. Seltsame, unbegreifliche Verblendung! Man hatte nicht den moralischen Schwung, so viel Vertrauen aufzubringen in den Mann, der eben durch ein Wunder des Geistes und der Kraft, wie es die Vorsehung den zu ihren Werken erkornen gelingen läßt, seinen historischen Beruf bewiesen hatte. Man konnte sich nicht von der Furcht losringen, dieser Mann verstehe seine Zeit so wenig, um ein bis zur Vollendung des unternommenen Werkes gegebenes Vertrauen, sagen wir immerhin: ein blindes Vertrauen zu mißbrauchen zu dem aberwitzigen Versuche, irgend einen phantastischen Wahn von überlebten und eingebildeten Dingen in die Wirklichkeit einzuführen.

Man konnte sich nicht losreißen von dieser Furcht, und weil man sah, daß der Staatsmann weder die Parole annahm, welche ihm die Partei zu geben versuchte, und weil man noch weniger sich die Mühe gab, aus einer unbefangenen Würdigung der thatsächlichen Lage die Handlungsweise des Ministers zu verstehen, so gelangte man zu einer neuen Auffassung des Verhältnisses. Man sagte sich: „dieser Bundeskanzler ist nicht der Unsere, er ist nach seiner Neigung konservativ, im Herzen vielleicht der ehemalige Junker; aber er braucht uns für seinen Plan, die preussisch-deutsche Einheit zu errichten; nutzen wir die Gunst dieser Lage, ihm für unsere Ziele abzuwingen, was nur irgend möglich ist.“ Es ist klar, daß aus einer Bundesgenossenschaft, die mit

solchen Gedanken geschlossen wird, eines schönen Tages die offene Feindschaft hervorkommen muß. Man dürfte verwundert sein, daß es nicht schon längst zu solcher Feindschaft gekommen, wenn man sich nicht vergegenwärtigte, daß die nationalliberale Partei von dem nationalen Zwecke nur zugleich mit ihrem Leben lassen kann, und daß es für den nationalen Zweck keine Erfolge, keinen Fortschritt, keine Sicherung gibt, als unter der Führung Bismarck's. Sowie man sich diese Lage vergegenwärtigt, muß man sich freilich destomehr wundern, daß dieselbe der nationalen Partei noch bis heute nicht zum klaren Bewußtsein gekommen ist. Und hier ist es, wo wir anzeigen müssen, daß mindestens ein sehr großer Theil der Schuld, diese Erkenntniß verhindert — es wäre gut, wenn wir sagen dürften, verspätet — zu haben, der Wirksamkeit des Abgeordneten Laszler zufällt. In dem Geiste dieses begabten Mannes vereinigen sich zwei Elemente, die sich zu einer trefflichen Anlage ergänzen könnten, wenn sie sich wirklich verbunden hätten, anstatt sich nur abzulösen; nämlich ein über-eilter und heftiger Doktrinarismus mit einer nicht wegzuleugnenden Bildsamkeit und aufrichtigem Wahrheitsbedürfniß. Man kann von Laszler nicht sagen, daß sein Doktrinarismus, wie er ungeberdig und voreilig ist, ebenso eigenfönnig und unzugänglich sei. Vielmehr hat dieser Abgeordnete ehrenvolle Proben einer erweiterungsfähigen Einsicht und einer sicher erfassenden Belehrbarkeit gegeben. Seine Uneigennützigkeit hat ohnedies Niemand bezweifelt. Aber wieviel er auch unbestreitbar gelernt hat in seiner politischen Laufbahn, das Eine hat er nicht gelernt: daß man die Welt der Thatsachen nicht auslernt, daß man zumal in einer Periode der mit den mannigfaltigsten Gefahren für das Vaterland verbundenen, höchst schwierigen Umwandlung dem Arbeiter nicht alle Tage in das Konzept fahren darf mit einer gebieterischen, aus dem Stand der jeweiligen eigenen Erkenntniß geschöpften, für vollendet gehaltenen Doktrin. Herr Laszler gleicht dem Sohne des Mineralienhändlers, der Mineraloge geworden ist und die edlen Steine allerdings nicht mehr mit dem gierigen Blick des Eigennutzes, aber auch nicht mit dem unbefangenen forschenden Auge der Wissenschaft betrachtet, sondern etwa mit der Leidenschaft des Juweliers, der an das Geschmeide denkt, das er im Kopfe trägt, ohne die Eigenschaften der Steine ordentlich zu kennen, von denen die Möglichkeit, die Dauerhaftigkeit des Geschmeides abhängt.

Im Zustand blinden Vertrauens läßt sich freilich nicht gut lange weilen, auch nicht gegenüber einem Betrauten, der in dem Maße die Erfolge häuft wie Fürst Bismarck. Aber die Partei hätte sich bemühen sollen, dem Fürsten seine Gedanken abzulernen, wenigstens zum Theil, um nicht zu verlangen, daß er sie selbst vorzeitig in die Welt posaune oder sie mit hunderten von Personen vertraulich durchspreche, die doch vor dem Erfolg niemals überzeugt worden wären. Daß an die Stelle dieses Bemühens eine voreilige, unfreundliche Kritik und oftmals ein höchst ungerechter Verdacht getreten, ist vor allem das Werk des Abgeordneten Laszler.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Stufen dieses Verhältnisses. Kaum ist der Norddeutsche Bund in's Leben gerufen, kaum hat die nationalliberale Partei in einem ihrer ersten Manifeste erklärt: „Bismarck hat die deutsche Einheit unaufhaltsam gemacht, wenn das Volk auf seine Seite tritt, so lange er diese Einheit will; sollen wir nicht in den alten deutschen Fehler verfallen, so müssen wir ihn unterstützen“, so bemächtigt sich der Partei die seltsame Vorstellung, der Kanzler sei bereits seinem Werke abwendig geworden, wenn nicht aus veränderter Gesinnung, doch aus Alter oder Müdigkeit. Wie der unvermeidliche rothe Faden geht namentlich die letztere Vorstellung durch das

Leben der Partei bis auf den heutigen Tag. Immer wieder wird diese Einbildung durch Erfolge beschämt, von denen einer stammenswerther ist als der andere, aber die Einbildung erscheint in jeder, auch in der kürzesten Pause. So sucht man den Kanzler bei der Errichtung der Bundesverfassung auf dem Wege der Einheit über die von ihm für erreichbar oder zweckmäßig gehaltene Grenze übereifrig hinauszutreiben. Anstatt aber zu bedenken, daß, je vorzeitiger die Einheit überspannt wird, die Regierung desto stärker sein müsse, ist man gleichzeitig bemüht, der Regierung die engsten parlamentarischen Fesseln anzulegen. Alle größeren Reden des Kanzlers in der Periode des Norddeutschen Bundes betreffen die Abwehr der vorzeitigen Ueberspannung der Einheit innerhalb des Bundes, die Abwehr der Ausdehnung über die Grenzen des Bundes und die Abwehr der Lähmung der Regierungsgewalt. In den sprechendsten Bildern legt der Kanzler dar, daß, wenn man jetzt die Einheit im Bunde überspanne, man nie die süddeutschen Staaten in den Bund bekommen werde. Endlich, weil es gar zu langsam geht mit der Fortbildung der Einheit, bringt der Abgeordnete Lascher seine Interpellation ein, warum die Aufnahme Baden's in den Bund noch nicht erfolgt sei, womit er freilich dem Kanzler eine der meisterlichsten Reden entlockt, aber auf die Gefahr, das Ziel der Bundespolitik unberechenbar hinauszuschieben. Noch weit rühriger aber ist dieser Abgeordnete, derselben Regierung, der das schwierigste Werk anvertraut ist, zu dessen Vollendung der Abgeordnete der ungeduldige Treiber ist, derselben Regierung, wo er nur kann, die freie Hand zu binden. Da erscheinen die Anträge, wo wir den Namen Lascher an der Spitze oder unter den Bertheidigern finden, der Regierung das Recht zur Veräußerung der Staatseisenbahnen zu nehmen, oder die Mitglieder der Bundesschuldenkommission regreßpflichtig gegenüber dem Reichstag, also unabhängig von dem Kanzler zu machen, oder gar die Einberufung der Reserven von der eingestandenen Kriegsgefahr abhängig zu machen. Auch dieses Antrages Vorkämpfer war Herr Lascher am 18. Oktober 1867. Das Hauptstückenpferd des rührigen Abgeordneten aber ist bereits in der Periode des Norddeutschen Bundes die absolute parlamentarische Redefreiheit. Fünf Mal, März 1867 im konstituierenden Reichstag, November 1867 im Abgeordnetenhaus, April 1868 im Reichstag, Dezember 1868 im Abgeordnetenhaus, März 1869 im Reichstag stellt er den Antrag, daß nicht die Meinungen, sondern die Aeußerungen der Abgeordneten ganz allgemein straffrei sein, straflos veröffentlicht werden sollen, und daß diese Redefreiheit aus der Reichsverfassung auf alle deutschen Landes-Repräsentationen übertragen und unter den Schutz des Reiches gestellt werde. Der eifrige Abgeordnete, dessen Ueberzeugung ohne Zweifel war, die beste Sache zu vertreten, konnte in seinem Eifer natürlich nicht daran denken, daß er dieses äußerste Zugeständniß einem Minister zu entreißen suchte, der die Pfeile und Schleudern der Redefreiheit vier Jahre lang unter schwerer Verkennung seiner Absichten ertragen hatte, für den diese nachträgliche, wenigstens formelle Sanktionierung auch der schmähdlichsten gegen ihn gerichteten Angriffe eine bittere Demüthigung sein mußte, wäre er nicht schon damals für jede Demüthigung zu groß gewesen. Der eifrige Abgeordnete dachte auch nicht darin, dem schrankenlosen Privilegium der Individuen in den Parlamenten, welches er erstreiten wollte, irgend ein Gegengewicht in der erhöhten Macht und Verantwortlichkeit der Körperschaften gegenüber den Mitgliedern zu geben. Er setzte seinen Willen wenigstens in der Reichsverfassung in der Hauptsache durch. Bei der Berathung des heilsamen Werkes eines deutschen Strafgesetzbuches war der Abgeordnete Lascher der unermüdlische Vorkämpfer aller jener übertreibenden

Bestimmungen, die nicht bloß eine zu große Milde gegen den Verurtheilten, sondern die Schwäche, ja die Wehrlosigkeit des Staates gegen den Verbrecher herbeiführen. Die übermäßig langen Fristen für die Zurücknahme der Anträge bei den sogenannten Antragsvergehen, die man vor der Volksstimme wieder hat beseitigen müssen, waren das Werk des Abgeordneten Lasfer. Der Minister mußte vom Krankenlager in den Reichstag eilen, um mit erschöpften Kräften die Beseitigung der Todesstrafe zu verhindern; sonst wäre es dahin gekommen, daß die Verschonung mit dem Opfer, welches der Staat von den Besten fordern muß, den Schlechtesten verbürgt worden wäre.

Während nun aber der Abgeordnete Lasfer und seine Freunde zur Beschleunigung der deutschen Einheit außerhalb und innerhalb des Bundes hielten, bekämpften sie hartnäckig die Bedingung, welche nächst dem Heere die elementarste jedes Staatswesens ist, die Sicherung der Finanzen. Im ersten Zollparlament wurde im Mai 1868 der erste Versuch zu Finanzzöllen abgelehnt. Im Mai 1869 wurden im Reichstag eine Anzahl indirekter Steuern, welche demselben un widersprechlichen Bedürfnis dienen sollten, dem Bundesstaat die unentbehrliche finanzielle Basis zu geben, mit einer Art von Hohn und Schadenfreude abgelehnt. Man erlangte zunächst einen preussischen Finanzminister, der die obligatorische Tilgung der Staatsschulden aufhob, um ohne neue Anforderungen dem nächsten Geldbedürfnis zu genügen. Und man reichte lange, freilich nicht durch die paar ersparten Zinsen, sondern durch die Milliarden, die ein neuer ungeheurer Erfolg des Kanzlers dem Finanzminister zur Verfügung stellte. Der Hauptredner am 21. Mai 1869, wo die Hauptschlacht gegen die indirekten Steuern für den Norddeutschen Bund geliefert wurde, war Herr Lasfer. Immer Herr Lasfer! Am 21. Juni 1869 brachte er im Zollparlament den Petroleumzoll zum Falle.

Nun kommt die Epoche, welche der französische Krieg einleitet. Es ist dankbar anzuerkennen, daß man während des Krieges den Kanzler nicht bekämpfte. Aber als nach den Präliminarien von Versailles die Friedensverhandlungen nicht zu Ende kommen wollten, verlegte der Kanzler dieselben nach Frankfurt, eilte selbst dahin und kehrte mit dem Frieden in der Hand zurück. Am 12. Mai gab er die erste Erläuterung im Reichstag über den Frieden, der am 10. unterzeichnet worden. Am 19. begab er sich noch einmal nach Frankfurt, um die Ratifikation auszuwechseln. Inzwischen hatte der Reichstag des Kanzlers Abwesenheit benutzt, um die erbetene dreijährige Vollmacht zur Diktatur in Elsaß-Lothringen um ein Jahr zu verkürzen, und ferner einen Antrag der Herren Lasfer und Stauffenberg angenommen, daß die sogenannte Diktatur in Betreff der Gesetzgebung an den Bundesrath, in Betreff der Finanzgesetzgebung an Bundesrath und Reichstag gebunden sein solle. Das hieß nicht einmal den Jahrestag der Schlacht von Zama abwarten, es hieß, am Tage nach dem Siege den Sieger für unfähig erklären, die Frucht des Sieges für einige Zeit in Obhut zu nehmen.

In der Periode, in die wir jetzt gelangt sind, tritt eine bemerkenswerthe, aber unvermeidliche Aenderung in dem Verhältniß zwischen dem Kanzler und dem nationalliberalen Führer ein. Der Ton wird, anfangs bei einzelnen Gelegenheiten, dann bei jeder Gelegenheit merklich schärfer. Die Meinungsverschiedenheit politischer Verbündeten verwandelt sich in politische Gegnerschaft. Man ist auf vielen Seiten sehr bereit, dem Kanzler die Schuld dieser Verschlimmerung als unbestreitbar beizumessen. Man ist beinahe einig, zu behaupten, daß die Empfindlichkeit des Kanzlers gegen Widerspruch einen unerlaubten Grad erreicht habe. Man meint sicher zu sein, daß die Schärfe des Tones

von dem Kanzler ausgegangen sei. Es mag richtig sein, daß einer solchen Kette von Erschwerungen gegenüber, immer durch denselben Abgeordneten bereitet, der Kanzler zuerst den scharfen Ton angeschlagen hat. Aber er hat stets den feinen Ton des vornehmen Mannes inne gehalten. Herr Lasker, mit dem Degen getroffen, hat zum Stocke gegriffen. Wir reden von der Tonart. Man verlangt freilich in Deutschland, daß auch diese Tonart, soweit sie unmittelbare Beleidigungen ausschließt, von Staatsmännern ertragen werden müsse. Man sagt, das gehöre zur Freiheit, das sei in England der unantastbare Brauch. Man kann wirklich einige Beispiele anführen. Ein verrückter Oberst sagte einmal im Unterhaus: „Die Sitze dieser Schurken von Ministern sollten mit Wasser und Seife abgewaschen werden.“ Ein Irländer, Robert Mitchell, hat vor Jahren gesagt: „Ich will sehen, daß Prinz Albert's Weib auf ihres Mannes Meierei in Deutschland geschendet wird.“ Ja, man kann so sprechen in England. Daß es gesetzliches Recht sei, behauptet freilich nur die Unwissenheit. Aber es ist Sitte, die Masse des Gesetzes, die schwere Masse, die das dortige Gesetz bietet, in vielen Fällen ruhen zu lassen. Die guten Leute, die mit solchen Beispielen kommen, übersehen jedoch die Hauptsache. Die englische Gesellschaft ist so wohl gefügt, so well built, die Unterschiede sind so fest, daß, wer die Freiheit der Sitte zur Frechheit verkehrt, sich unabänderlich seinen Platz anweist unter dem Pöbel und unter den Verrückten. Man läßt ihm alle Rechte des Gesetzes, man nimmt ihm nicht einmal, was man durch das Gesetz könnte, aber er hat seinen Platz, von dem er nicht wieder fort kann. Die Höflichkeit des Tones im englischen Parlament ist unter den ebenbürtigen Gegnern, noch mehr unter den ebenbürtigen Freunden eine ausgesuchte, übervollkommene bis zum Chinesischen. In Deutschland verlangt man, daß die Redeweise, durch welche der englische Politiker sich unter den Pöbel stellt und aus dem regierenden Kreise unwiederbringlich ausscheidet, auch unter Freunden hingenommen werde. Illustriren wir den Unterschied zwischen Degen und Stock. Bei der Kandidatur des Grafen Herbert in Lasker's Wahlkreis wurde erklärt, diese Kandidatur sei ein Beweis, daß der Kanzler ein ersprießliches Zusammenwirken mit Herrn Lasker nicht mehr erwarte. Das war ein Degenstich. Bei seiner Wahlrede in Saalfeld sagte Herr Lasker mit Bezug auf die erste Verwerfung des Sozialistengesetzes und auf das Nobiling'sche Attentat ungefähr: „Nach einem großen Unglück pflegen edle Naturen sich zu versöhnen, gemeine erbittern den alten Streit.“ Das war ein Hieb mit dem Stock. Doch sind wir eigentlich soweit noch nicht. Wir haben einige Stufen nachzuholen, über welche Herr Lasker zu seinem letzten Tone gelangt ist. Im Mai 1872 versuchte er, die Salzsteuer aufzuheben, im Mai 1873 setzte er das Preßgesetz durch, welches uns das unvergleichliche Institut des Sitzredakteurs gebracht hat. Am 12. Dezember 1874, als der wegen Beleidigung des Kanzlers verurtheilte Abgeordnete Majunke in die Strafhaft abgeführt werden sollte, stellte er den Antrag auf Einspruch des Reichstags, der in der Verfassung nicht begründet war, und nöthigte den Kanzler, seine Entlassung zu fordern, welche der Kaiser verweigerte, und der Abgeordnete v. Bennigsen durch eine Ehrenerklärung des Reichstags unnöthig machte. Im Dezember 1875 bekämpfte Herr Lasker mit äußerster Schärfe die vom Reichskanzler nach den schwersten Erfahrungen für unentbehrlich erachtete Strafgesetznovelle. Im Februar 1876 vereitelte er eine Aenderung des Preßgesetzes. Am 21. März 1877, wo Herr Lasker über den Sitz des Reichsgerichtes sprach, und der Kanzler über diese Frage eine Zurückhaltung beobachtet hatte, die Herr Lasker nicht begriff, sprach er von der „Krankheit der Regierungslosigkeit im Reich“. Von der Regierungs-

lofigkeit unter einer Regierung, der an Reichthum, Kühnheit und nöthigenfalls an Zähigkeit der Initiative keine jemals an die Seite gesetzt werden kann. In solche Uebertreibungen verfällt Herr Lascker, wo ihm sein Kopf nicht gleich den Schlüssel der Handlung gibt. Sollen wir die neueren Reden erwähnen, die gegen das erste Sozialistengesetz im Mai 1878 oder die bei der Generaldisjunktion der Finanzreform in diesem Jahre, wo Herr Lascker die völlige Unzuverlässigkeit und Werthlosigkeit, die völlige Unkenntniß der einschlagenden Landesgesetze bei dem „ersten Beamten des Reiches und preußischen Ministerpräsidenten“ zu konstatiren sich vermaß, wo er demselben vorwarf, die Politik der Reichen zum Unglück der Armen zu treiben? Erinnern wir lieber an eine Rede von 1873, wo er schon einmal behauptete, das Volk und dessen Rechte gegen den Kanzler zu vertheidigen, gegen den Kanzler, der die schwerste Arbeit des Denkens und des Willens Tag und Nacht bis zum Opfer des Lebens in den Dienst des Volkes stellt. Will Herr Lascker behaupten, daß der deutsche Staat nicht für das deutsche Volk gebaut werde, sondern als Spielzeug der Herrschaft für Wenige?

Herr Lascker, so lang unsere Anklage geworden, steht edel da neben dem Cynismus eines Georg v. Bunsen, der eben in einer Rede zu Hirschberg den Cynismus des vorerwähnten Irlländers zu übertreffen unternommen hat. Aber weil wir Herrn Lascker das schönste Lob seiner eifrigsten Freunde, das Lob eines vollkommen redlichen Mannes ertheilen, darum fragen wir ihn, ob sein Gewissen nicht Folgendes bestätigt: Hätte er nicht, wenn er im gegebenen Moment jedesmal seinen Willen erreicht, alle nachfolgenden Erfolge des Kanzlers vereitelt? Würde nicht, wenn Herr Lascker nicht zu oft noch seinen Willen durchgesetzt, die innere Lage des deutschen Reiches eine größere Eintracht unter den patriotischen Elementen und im ganzen ein weit zufriedensstellenderes Antlitz zeigen?

Ein nationalliberales Organ definirte kürzlich den Charakter des Herrn v. Bennigsen als vornehme Passivität. Möchte die Partei oder doch der Theil, der sich von Herrn Lascker emanzipiren kann, denselben Charakter annehmen: die vornehme Zurückhaltung, aber nicht Enthaltung des Erben, dem die größte Erbschaft zufallen muß. Wer kann die Frucht der Lebensarbeit des Kanzlers erben, als die Nation, für deren besten Theil die Partei vielleicht das Recht hat sich zu halten. Hat man doch mit Selbstgefühl gesagt, daß eine Partei länger lebe als ein Mensch. Nun wohl, so höre man auf, die Arbeit eines auserwählten Menschen zu stören, deren Früchte man erben muß, wenn man die Erbschaft nicht zerstört oder durch den Versuch der Zerstörung sich jedes Anrechtes auf dieselbe beraubt.



### Zur Beachtung.

Mit **nächstem Hefte** beginnt diese Zeitschrift das III. Quartal ihres 38. Jahrgangs, welches durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen ist. Preis pro Quartal 9 Mark.

Leipzig, im Juni 1879.

• Die Verlagshandlung.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.  
Verlag von F. V. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig





